ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gründler, Klaus; Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schlepper, Marcel

Article

Eine Halbzeitbilanz – so bewerten Ökonominnen und Ökonomen die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gründler, Klaus; Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schlepper, Marcel (2023) : Eine Halbzeitbilanz – so bewerten Ökonominnen und Ökonomen die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 76, Iss. 10, pp. 63-66

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/279744

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Klaus Gründler, Aaron Günther, Niklas Potrafke und *Marcel Schlepper*

Eine Halbzeitbilanz – so bewerten Ökonominnen und Ökonomen die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition

IN KÜRZE

Das 44. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich den aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland. Es legt dabei einen Fokus auf die wirtschaftspolitischen Vorhaben der Bundesregierung in verschiedenen Bereichen von Energie über Einkommen bis zur Cannabislegalisierung. An der Umfrage nahmen 205 VWL-Professorinnen und VWL-Professoren teil. Sie stellen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit einer Durchschnittsnote von 4,0 ein durchwachsenes Zeugnis aus. Mit Blick auf die Energiepolitik werden der Vorschlag eines Industriestrompreises, das »Heizungsgesetz« sowie der endgültige Ausstieg aus der Atomkraft von einer großen Mehrheit abgelehnt. Während die starke Anhebung des Bürgergelds ebenso abgelehnt wird, findet die moderate Erhöhung des Mindestlohns mehrheitlich Unterstützung. Die Reform des Elterngelds sowie die Legalisierung von Cannabis spalten die Profession.

Nach der Bundestagswahl im September 2021 bildeten SPD, Grüne und FDP eine Ampel-Koalition – die erste Bundesregierung mit drei unterschiedlichen Fraktionen. Es herrschte Aufbruchstimmung. Doch sah sich die selbsternannte »Fortschrittskoalition« von Beginn an mit verschiedenen Krisen wie einer neuen Covid-19-Welle sowie dem russischen Angriff auf die Ukraine konfrontiert. Zur Halbzeit der Legislaturperiode ist die Zustimmung für die drei Ampelparteien von 52 % bei der Bundestagswahl auf etwa 39 % in der aktuellen Sonntagsfrage der Forschungsgruppe Wahlen gefallen. Auch die deutsche Wirtschaft strauchelt. Sie wird von externen Faktoren wie der Energieverknappung infolge des russischen Angriffskriegs getroffen und steht gleichzeitig vor großen strukturellen Herausforderungen. So stellt die renommierte Wirtschaftszeitschrift »The Economist« in Anlehnung an ihr eigenes Cover aus dem Jahre 1999 erneut die Frage, ob Deutschland 2023 wieder »der kranke Mann Europas« sei (Economist 2023). Die Gründe für diese Diskussionen sind die anhaltende Schwäche der deutschen Konjunktur und verschiedene langfristige Wachstumshemmnisse wie der Fachkräftemangel oder eine Überbürokratisierung. Vor dem Hintergrund einer schwächelnden Wirtschaft stehen aktuelle wirtschaftspolitische Vorhaben unter besonderer Aufmerksamkeit. Im 44. Ökonomenpanel von ifo und FAZ lassen wir die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung von Ökonominnen und Ökonomen an deutschen Universitäten bewerten. An der Befragung im Zeitraum vom 19. September bis 26. September 2023 nahmen 205 VWL-Professorinnen und VWL-Professoren teil.

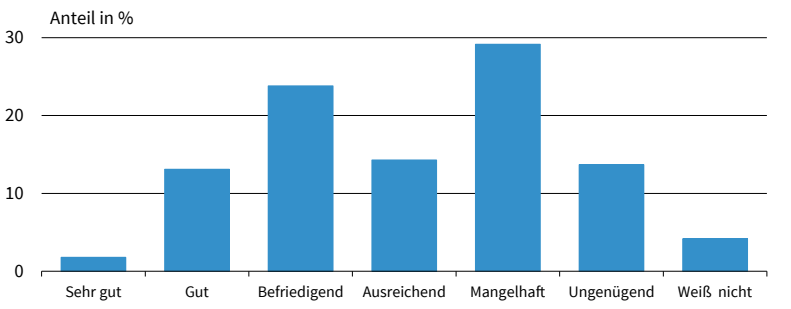
HALBZEITBILANZ DER AMPEL-KOALITION

Die Ökonominnen und Ökonomen bewerten die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition unterschiedlich, im Durchschnitt stellen sie ihr mit einer Note von 4,0 ein durchwachsenes Zeugnis aus (siehe Abb. 1). Demnach bewerten nur 15 % die bisherige Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition mit »Sehr gut« (2 %) oder »Gut« (13 %). Als Grund für die positive Bewertung wird angegeben, dass die Regierung wichtige, zuvor vernachlässigte Reformen angehe und dabei die richtigen Themen priorisiere. Zudem wird auf die schwierigen Rahmenbedingungen verwiesen. Demgegenüber wird die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition von 24 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Note »Befriedigend« und von 14 % mit der Note »Ausreichend« bewertet. Diese Gruppe äußert sich vielfach positiv über die wirtschaftspolitische Reaktion auf die Energiepreiskrise. Die übrigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen seien aber inkonsistent, wenig fokussiert und in der Umsetzung verbesserungswürdig. Gleichzeitig kritisieren sie, dass nicht ausreichend Anreize für Investitionen und Wachstum gesetzt würden. Der Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition stellen 29 %

Abb. 1

Halbzeitbilanz zur Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition

Wie beurteilen Sie die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition in der ersten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode im Allgemeinen?



Quelle: Ökonomenpanel September 2023.

© ifo Institut

der deutschen Ökonominnen und Ökonomen mit der Note »Mangelhaft« und sogar 14 % mit »Ungenügend« ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Diese besonders kritische Gruppe bemängelt ein fehlendes Gesamtkonzept, das zu Unsicherheit im Markt führe. Außerdem wird die Tendenz zu Überregulierung, Subventionen und Markteingriffen speziell in der Klimapolitik kritisiert. Etwa 4 % antworten mit »Weiß nicht«.

Ein Vergleich mit der Bewertung der Ampel-Koalition durch die VWL-Professorinnen und Professoren am Anfang der Legislaturperiode zeigt, dass sie schon damals kritisch gesehen wurde (Gründler et al. 2022a). Während 60 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Koalitionsvertrag positiv bewerteten (vgl. mit 19 % neutral und 19 % negativ), gaben nur 26 % an, dass die Ampel-Koalition die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode gut bewältigen werde. Ganze 50 % waren schon damals mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Ampel-Koalition unentschlossen.

ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Die Einführung eines staatlich subventionierten Industrie- oder Brückenstrompreises für energieintensive Unternehmen wird von einer großen Mehrheit von 83 % der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren abgelehnt (siehe Abb. 2). Sie argumentieren, dass ein solches Instrument das Anreizsystem für Unternehmen mit Blick auf Investitionen und Energieeinsparungen verzerre. Ein möglicher Industriestrompreis wird zudem als ungerecht und für den Klimaschutz schädlich bezeichnet. Zudem wird vielfach befürchtet, dass aus einer befristeten Subvention sehr leicht eine dauerhafte Subvention für Großunternehmen werde, die teuer sei und den strukturellen Wandel behindere. Stattdessen wird die Stärkung des Energieangebots durch den Ausbau von erneuerbaren Energien und der Nutzung von Atomkraft (siehe auch nächste Frage) als Teil der Lösung gesehen. Nur 13 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützen den Vorschlag für einen Industriestrompreis. Sie wollen durch einen günstigeren Industriestrompreis eine Abwanderung von Industriebetrieben verhindern und deren internationale Konkurrenzfähigkeit verbessern. Dabei betonen Befürworterinnen und Befürworter, dass die Subvention befristet sein soll. Etwa 4 % antworten mit »Weiß nicht«.

Eine Mehrheit von 58 % der deutschen Ökonominnen und Ökonomen lehnt den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ab (siehe Abb. 3). Viele der Teilnehmenden argumentieren, dass dadurch eine klimafreundliche und kostengünstige Energiequelle abgestellt wurde. Die in der Folge gesunkene Kapazität zur Stromerzeugung in Deutschland belaste aufgrund der hohen Strompreise die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Ökonominnen und Ökonomen weisen zudem darauf hin, dass es sich um einen deutschen Sonderweg handele und nun Atomstrom aus Ländern mit deutlich unsicheren Reaktoren importiert werde. Die Befürworterinnen und Befürworter des endgültigen Ausstiegs aus der Atomkraft (38 %) argumentieren mit den hohen Risiken der Technologie, der ungeklärten Frage zur Lagerung von Atommüll und dem mangelnden gesellschaftlichen Konsens für einen Weiterbetrieb. Sie verweisen zudem darauf, dass ein Weiterbetrieb den Ausbau der erneuerbaren Energien verzögert hätte. Etwa 4 % antworten mit »Weiß nicht«.

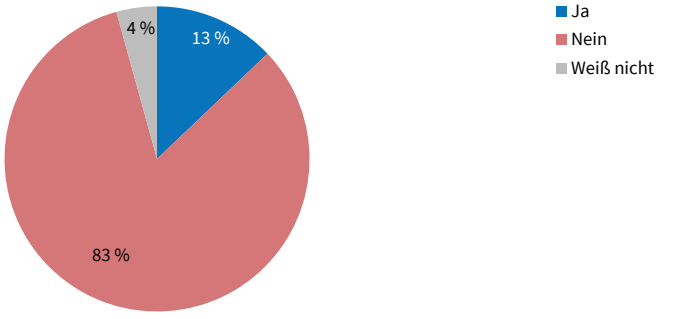
Die Ablehnung des endgültigen Ausstiegs aus der Atomkraft hat sich bereits in der Befragung des Ökonomenpanels aus dem Oktober 2022 angedeutet (Gründler et al. 2022b). Damals unterstützten 81 % der befragten Ökonominnen und Ökonomen einen Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke über das Jahr 2022 hinaus, um das Strom- und Gasangebot in Deutschland auszuweiten.

Die im September 2023 nach langen Diskussionen vom Bundestag beschlossene Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (»Heizungsgesetz«) wird von 60 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmern abgelehnt (siehe Abb. 4). Ihre Ablehnung begründen sie mit einer zu kleinteiligen Regulierung und sehen darin teilweise planwirtschaftliche Instrumente. Zudem führe das Gesetz zu unnötig hohen Kosten für die privaten Haushalte und verunsichere die Bevölkerung. Viele Kritikerinnen und Kritiker sehen alternativ im CO_2-Preis

Abb. 2

Einführung staatlich subventionierter Industriestrompreis

Unterstützen Sie die Einführung eines staatlich subventionierten Industriestrompreises (bzw. Brückenstrompreises) für energieintensive Unternehmen?

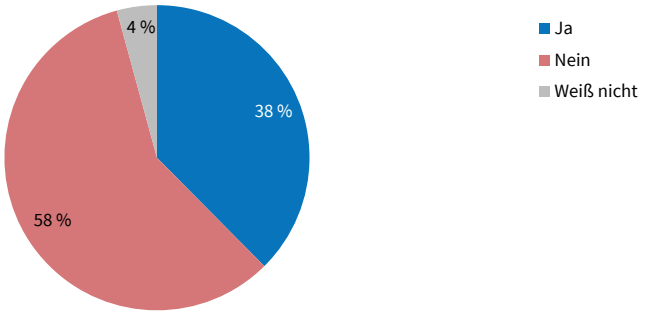


Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

Abb. 3

Unterstützung des Austiegs aus der Atomkraft

Unterstützen Sie den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland?



Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

ein besseres Lenkungsinstrument. Dagegen sprechen sich 32 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Novelle des Gesetzes aus. Sie sehen das Gesetz als notwendig an, um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen. Auf Seite der Unterstützer und Unterstützerinnen und der Kritiker und Kritikerinnen wird vereinzelt bemängelt, dass im Gesetzgebungsprozess eine Abschwächung der ursprünglichen Vorgaben stattgefunden habe. Etwa 8 % antworten mit »Weiß nicht«.

Einkommen

Die vom Bundeskabinett beschlossene Anhebung des Bürgergelds um 12 % im Jahr 2024 lehnt eine Mehrheit von 55 % der Ökonominnen und Ökonomen ab (siehe Abb. 5). Sie befürchten, dass so Arbeitsanreize gerade im Niedriglohnsektor deutlich sinken und sich der Abstand im verfügbaren Einkommen zwischen Geringverdienenden und Beziehenden von Bürgergeld weiter verringert. Demgegenüber unterstützen 33 % der Ökonominnen und Ökonomen die Anhebung des Bürgergelds, da es sich um einen Inflationsausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten handele und so soziale Ungleichheit reduziert werde. Etwa 12 % antworten mit »Weiß nicht«.

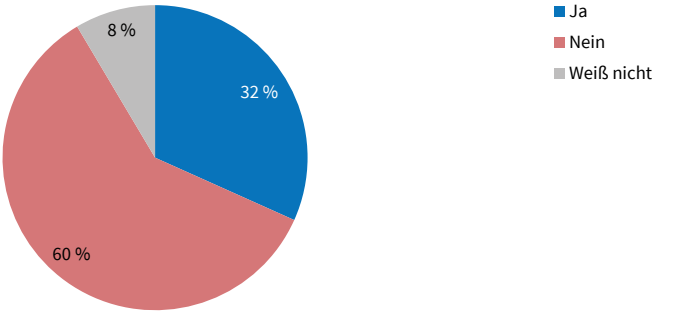
Deutlich positiver wird die von der Mindestlohnkommission empfohlene Erhöhung des Mindestlohns von derzeit 12 Euro auf 12,41 Euro im Jahr 2024 bewertet (siehe Abb. 6). Diese Anhebung befürworten 64 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Positiv wird gesehen, dass es sich um eine moderate Steigerung handele, die aber für den Inflationsausgleich notwendig sei. Zudem wird hervorgehoben, dass wieder zu dem regulären Verfahren zurückgekehrt und die Mindestlohnkommission gestärkt wurde. Dagegen lehnen 29 % der Ökonominnen und Ökonomen die Anhebung des Mindestlohns ab. Bei den jeweiligen Begründungen gibt es zwei Lager. Die einen unterstützen die Anhebung nicht, weil sie aus ihrer Sicht zu niedrig ausfalle. Das andere Lager lehnt den Mindestlohn grundsätzlich oder zumindest die vorherige Erhöhung auf 12 Euro ab. Etwa 7 % antworten mit »Weiß nicht«.

Nach Plänen der Bundesregierung sollen Alleinerziehende und Paare mit einem zu versteuernden Einkommen (im Jahr vor der Geburt) von mehr als 150 000 Euro ab dem Jahr 2024 kein Elterngeld mehr erhalten. Diese Regelung spaltet die Profession der Volkswirte: 46 % unterstützen das Vorhaben und 42 % lehnen es ab (siehe Abb. 7). Befürworterinnen und Befürworter der Absenkung argumentieren, dass Sozialleistungen auf einkommensschwache Familien fokussiert sein sollten und Beziehende von zu versteuerndem Einkommen über 150 000 Euro auch ohne Elterngeld auskämen. Kritikerinnen und Kritiker der geplanten Absenkung argumentieren, dass das Elterngeld nicht als Sozialleistung, sondern als familienpolitisches Instrument angesehen werden müsse und daher eine Gleichbehandlung von allen Familien angebracht wäre. Sie kritisieren, dass kaum

Abb. 4

Gebäudeenergiegesetz

Unterstützen Sie die im September 2023 verabschiedete Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (»Heizungsgesetz«)?

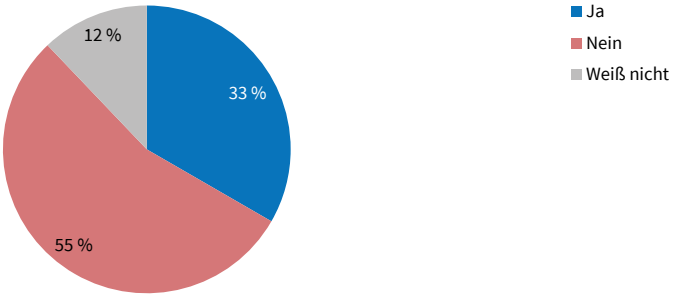


Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

Abb. 5

Anhebung des Bürgergelds

Unterstützen Sie den Beschluss des Bundeskabinetts zur Anhebung des Bürgergelds um 12 % im Jahr 2024?

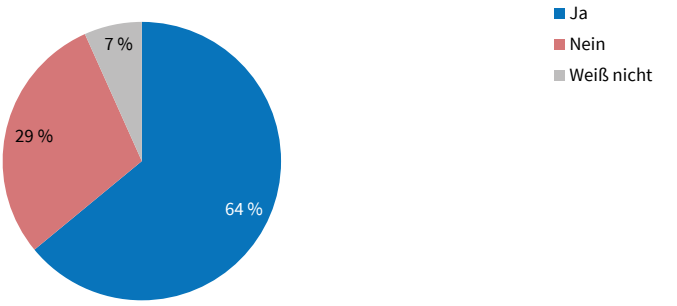


Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

Abb. 6

Anhebung des Mindestlohns

Unterstützen Sie die von der Mindestlohnkommission empfohlene und von der Bundesregierung geplante Anhebung des Mindestlohns um etwa 3 % auf 12,41 Euro brutto pro Stunde im Jahr 2024?



Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

Geld eingespart, aber dafür einkommensstarke Frauen diskriminiert würden. Als Folge erwarten sie, dass gut ausgebildete Frauen noch weniger Kinder bekommen würden. Etwa 12 % antworten mit »Weiß nicht«.

Cannabis-Legalisierung

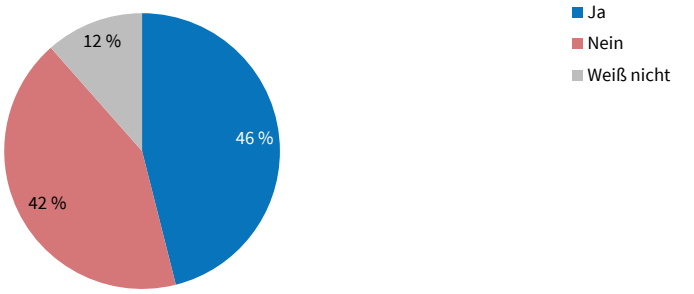
Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Legalisierung von Cannabis unterstützen 34 % der Ökonominnen und Ökonomen, 40 % lehnen ihn ab (siehe Abb. 8). Ganze 26 % antworten mit »Weiß nicht«. Die Ableh-

nung wird primär mit negativen gesundheitlichen Folgen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, begründet. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisieren jedoch auch die mit dem Gesetz verbundene Regulierung und würden sich eine noch stärkere Liberalisierung wünschen. Die Befürworterinnen und Befürworter der geplanten Legalisierung von Cannabis verweisen auf die Entkriminalisierung des bereits weit verbreiteten Konsums und einer möglichen Eindämmung der Schattenwirtschaft. So würden Polizei und Justiz entlastet.

Abb. 7

Einkommensgrenze beim Elterngeld

Unterstützen Sie den Beschluss der Bundesregierung, dass Alleinerziehende und Paare mit einem zu versteuernden Einkommen (im Jahr vor der Geburt) von mehr als 150 000 Euro kein Elterngeld erhalten sollen?

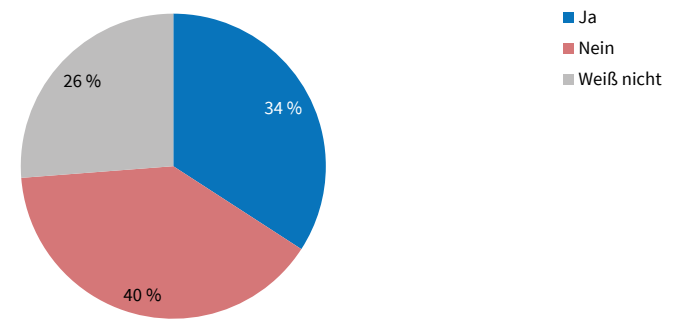


Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

Abb. 8

Legalisierung von Cannabis

Unterstützen Sie den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Legalisierung von Cannabis?

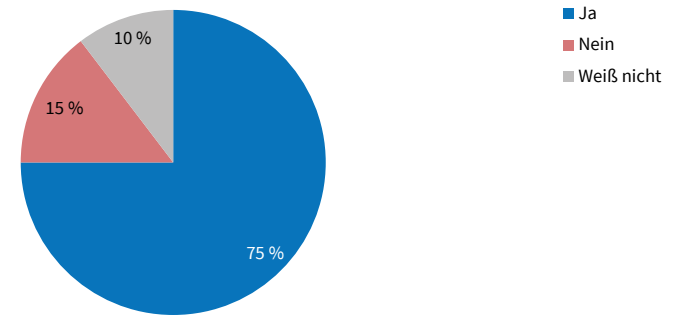


Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

Abb. 9

Weitere Anhebung der Zinsen durch die EZB

Unterstützen Sie den Beschluss der EZB, die Zinsen trotz der konjunkturellen Schwächephase anzuheben?



Quelle: Ökonomenpanel September 2023. © ifo Institut

EZB-Zinspolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im September trotz der konjunkturellen Schwächephase in Deutschland eine weitere Erhöhung der europäischen Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte auf 4,5 % beschlossen. Dieser Schritt findet bei drei Viertel der Ökonominnen und Ökonomen Unterstützung (siehe Abb. 9). Als Hauptgrund werden die immer noch deutlich über dem Ziel liegenden Inflationsraten genannt. Des Weiteren sollten auch die Inflationserwartungen gesenkt und die Glaubwürdigkeit der EZB gestärkt werden. Die Ökonominnen und Ökonomen betonen zudem, dass es die Hauptaufgabe der EZB sei, für Preisstabilität zu sorgen, und konjunkturelle Erwägungen seien nur nachrangig einzubeziehen. Dagegen lehnen 15 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Anhebung der Leitzinsen durch die EZB ab. Sie hätten eine Pause der Anhebungen im Sinne einer konjunkturellen Erholung bevorzugt und verweisen auf bereits sinkende Inflationsraten. Etwa 10 % antworten mit »Weiß nicht«.

Auch in diesem Aspekt weisen die Ökonominnen und Ökonomen eine hohe Konstanz zu ihren vorherigen Positionen auf. Trotz der Turbulenzen im Banken- und Finanzsystem im Frühjahr 2023 gaben zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Ökonomenpanel an, dass die EZB an der damaligen Zinspolitik festhalten und die Zinsen weiter erhöhen sollte (Fuest et al. 2023). Zuvor war der Leitzins für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 3,5 % erhöht worden.

REFERENZEN

Fuest, C., K. Gründler, N. Potrafke und M. Schlepper (2023), »Keine Bankenkrise: Ökonominnen und Ökonomen erwarten keine neue Finanzkrise und fordern Fortsetzung der Zinspolitik«, *ifo Schnelldienst* 4(76), 75-78.

Economist (2023), »Is Germany once again the sick man of Europe?«, verfügbar unter: https://www.economist.com/leaders/2023/08/17/is-germany-once-again-the-sick-man-of-europe aufgerufen am 30. September 2023.

Gründler, K., N. Potrafke und F. Ruthardt (2022a), »Der Ampel-Koalitionsvertrag im Ökonomentest«, *ifo Schnelldienst* (1)75, 52-56.

Gründler, K., N. Potrafke und M. Schlepper (2022b), »Von Energiepreiskrise zum Energiekrieg: So würden die deutschen Ökonominnen und Ökonomen handeln«, *ifo Schnelldienst* 11(75), 54-57.